

25. Mai 2026

PRESSEMITTEILUNG

Neuordnung der Geschäftsbereiche der Bürgermeister und Referent:innen Verkehrsprojekt Frankenschnellweg und Bürgerentscheid

Die Zukunftsfähigkeit unserer Städte und Gemeinden ist insbesondere von den folgenden Herausforderungen geprägt, die schnell, konsequent und integrativ entwickelt werden müssen. Die politischen Entscheidungen müssen schnell und konsequent getroffen werden. Als Basis dazu benötigen wir hervorragende Planungsgrundlagen und -konzepte, die sich an den folgenden Themen zu orientieren haben:

- **Klimaresilienz**
Maßnahmen gegen sommerliche Überhitzung. Entsiegelung, Schaffen von nutzbaren Grünräumen und Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs. Aktives Nutzen des Niederschlagswassers, Straßen-, Dach- und Fassadenbegrünungen.
- **Bewahren der Urbanität**
Historische Strukturen und Urbanität müssen bewahrt werden. Insbesondere die Nürnberger Altstadt muss dabei nicht nur mittelalterliches Erbe, sondern auch belebter und für Menschen und Wirtschaft attraktiver Raum sein.
- **Mobilität**
Stärken von Fuß-, und Radwegenetzen und des ÖPNV. Abkehr von der autogerechten Stadt. Der Schwerverkehr ist nicht durch die Städte, sondern herumzuführen. Maßnahmen zur Verkehrsreduzierung.
- **Wohnraum**
bezahlbarer Wohnraum in lebenswerten Wohnquartieren mit kurzen Wegen, die den Verzicht auf eigene Autos möglich machen. Dabei ist eine Umnutzung von Bestandsgebäuden anzustreben, anstatt neue Wohnquartiere auszuweisen.
- **Gesamtkonzept**
Städtische und ländliche Strukturen der gesamten Metropolregion müssen dabei gemeinsam gedacht und entwickelt werden.

Der Kreisverband Nürnberg, Mittelfranken und Oberfranken des BDA | Bund Deutscher Architektinnen und Architekten, begrüßt daher grundsätzlich bisherigen Ansätze einer Neuordnung der Geschäftsbereiche und Referate innerhalb der Stadtverwaltung Nürnberg, die eine Stärkung von Stadtentwicklung und Bauen zum Ziel hat.

Positiv bewerten wir, dass im Geschäftsbereich des Dritten Bürgermeisters künftig alle für die Stadtentwicklung und den Wohnungsbau relevanten Förderstellen gebündelt werden. Dazu gehören insbesondere die Städtebauförderung und die Wohnbauförderung. Diese organisatorische Zusammenführung bietet die Chance, Förderinstrumente effizienter

einzusetzen und Projekte schneller umzusetzen und diese auch mit den umliegenden Städten und Gemeinden in der Metropolregion abzustimmen und zu koordinieren.

Aus unserer fachlichen Sicht wäre es allerdings wünschenswert gewesen, wenn ein derart bedeutender Geschäftsbereich wie bisher von einer Person mit ausgewiesener Expertise in Architektur, Stadtplanung oder Städtebau geleitet würde. Eine Architektin, ein Architekt oder eine Stadtplanerin beziehungsweise ein Stadtplaner könnte die komplexen Zusammenhänge der Stadtentwicklung besonders fundiert steuern und mit bewährten und transparenten Planungsinstrumente wie Wettbewerben Planungsgrundlagen schaffen, für schnelle Umsetzbarkeiten sorgen.

Wenn die nun gewählte Struktur mit einer politischen Leitung durch einen Bürgermeister die politische Durchsetzbarkeit und Handlungsfähigkeit stärkt, stehen wir dieser Lösung zunächst offen gegenüber. Entscheidend ist dabei, dass dem Bürgermeister mit der Stadtbaurätin Frau Heckel auch künftig eine fachlich hoch qualifizierte Führungspersönlichkeit als beratende Instanz zur Verfügung steht. Ihre Expertise in Architektur und Stadtplanung ist von zentraler Bedeutung, um die fachliche Qualität der Entscheidungen sicherzustellen und die Kontinuität einer qualitätsvollen Stadtentwicklung in Nürnberg zu gewährleisten.

Auch das Ziel, für den Gebäudeunterhalt die Zuständigkeiten klarer zu strukturieren, ist sinnvoll, damit der vorhandene Gebäudebestand instandgehalten wird und wir zukünftige Schulabrisse wie in Langwasser und Eibach vermeiden.

Wirklich kritisch sehen wir hingegen die Herauslösung der Verkehrsplanung aus dem Bereich des „Baubürgermeisters“ und dem bisherigen Baureferat. Stadtentwicklung, Stadtplanung und Verkehrsplanung sind untrennbar miteinander verbunden. Eine zukunftsfähige Stadt kann nur entstehen, wenn diese Disziplinen eng, miteinander und integriert gedacht und mit kurzen Entscheidungswegen gesteuert werden können. Dies erscheint uns aktuell schwierig, da die Verkehrsplanung künftig in einem anderen politischen Verantwortungsbereich angesiedelt wird.

Darüber hinaus regt der BDA an, die planungsrelevanten Teile des Umweltamtes in den neuen Geschäftsbereich des Baubürgermeisters zuzuordnen. Insbesondere bei Genehmigungsverfahren sowie bei der Erstellung von Bauleitplänen, Bebauungsplänen und Flächennutzungsplänen können so die Prozesse deutlich beschleunigt und besser koordiniert werden.

Ebenso empfehlen wir, die planenden Abteilungen des Servicebetriebs Öffentlicher Raum Nürnberg (SÖR) organisatorisch in das Baureferat beziehungsweise in den Geschäftsbereich des Dritten Bürgermeisters zu überführen. Diese mit der Gründung von SÖR erfolgte Herauslösung, verkompliziert insbesondere die vielen erforderlichen Neugestaltungen von Freiräumen, die nicht ohne Beachtung der angrenzenden Stadt- und Bebauungsstrukturen gedacht werden können.

Der geplante sogenannte „kreuzungsfreie Ausbau“ des Frankenschnellwegs zeigt dieses Problem exemplarisch, aber drastisch:

Es handelt es sich um eines der größten und kostenintensivsten Infrastrukturprojekte Nürnbergs mit weitreichenden Auswirkungen auf die Stadtstruktur. Aus Sicht des BDA basiert das Vorhaben jedoch auf einem überholten verkehrspolitischen Leitbild, das primär auf die möglichst ungehinderte Führung des motorisierten Individualverkehrs ausgerichtet ist. Dieses Verständnis entspricht nicht mehr den Anforderungen an eine zukunftsfähige, klimaangepasste und lebenswerte Stadt. Anstatt Verkehre durch die Stadt zu reduzieren, wird durch den geplanten Ausbau genau das Gegenteil erreicht.

Die versprochene „Kreuzungsfreiheit“ wird dabei nur auf dem Papier erreicht. Tatsächlich entstehen neue und groß dimensionierte Verkehrsbauwerke, die erhebliche zusätzliche Flächen versiegeln. Heute noch begrünte und unversiegelte Bereiche gehen verloren.

Darüber hinaus müssten zahlreiche große und für das Stadtklima wertvolle Bäume gefällt werden, teilweise ist dies leider bereits geschehen.

Besonders kritisch ist, dass die Übergänge zwischen den Verkehrsanlagen und den angrenzenden Stadträumen städtebaulich nicht gelöst sind. Das Projekt ist vor allem aus technischen und verkehrlichen Sachzwängen entwickelt worden und lässt ein überzeugendes räumliches Konzept für Freiräume, Stadträume und Aufenthaltsqualität vollständig vermissen.

Eine fachliche Bewertung durch den Baukunstbeirat ist aufgrund der nicht vorhandenen Zuständigkeit nicht erfolgt.

Gleichzeitig bietet eine grundlegende Neuorientierung erhebliche städtebauliche Chancen: Bei einem Verzicht auf den Ausbau würden Flächen frei, die sich überwiegend bereits im Eigentum der Stadt Nürnberg befinden. Diese Areale könnten für dringend benötigten Wohnungsbau, öffentliche Grünflächen sowie hochwertige Freiräume genutzt werden. Damit eröffnete sich die Möglichkeit, einen heute stark vom Verkehr geprägten Stadtraum in ein lebendiges, durchgrüntes und urbanes Stadtquartier zu transformieren.

Der BDA begrüßt daher den Bürgerentscheid zu diesem Projekt ausdrücklich und empfiehlt, gegen den geplanten Ausbau zu stimmen.

Einfachste Untersuchungen haben nicht stattgefunden, z.B. ein Tempolimit auf 50km/h würden den LKW-Verkehr auf die umgebenden Autobahnen verlagern, da der Zeitgewinn entfällt. Auch eine vollständige Sperrung für den Durchgangsverkehr würde die Verkehrsströme aus der Stadt verlagern.

Aus Sicht des BDA ist der geplante Ausbau des Frankenschnellwegs in seiner derzeitigen Form nicht erforderlich. Er bindet erhebliche finanzielle Mittel und verhindert zugleich die Entwicklung zukunftsorientierter Lösungen für Mobilität, Klima, Wohnen und Stadtraum. Die Fördergelder von Bund und Land von 900 Mio. stehen dann sinnvolleren Projekten (Wohnbauförderung, Förderung des ÖPNV, Förderung regenerativer Energien und des Fernwärmenetzes) zur Verfügung.

Der BDA verweist in diesem Zusammenhang auch auf die fundierten Argumente der Initiativen „Zurück auf Los!“ und „Baulust“, die sich kritisch mit dem Projekt auseinandersetzen und alternative Perspektiven für eine nachhaltige Stadtentwicklung in Nürnberg aufzeigen.

Die Neuordnung der Geschäftsbereiche der Stadt Nürnberg bietet eine wichtige Gelegenheit, die Verwaltungsstrukturen konsequent auf die Anforderungen einer integrierten und zukunftsfähigen Stadtentwicklung auszurichten. Der BDA appelliert an die Verantwortlichen, diese Chance zu nutzen und nicht die politischen Aspekte, sondern fachliche Kompetenz sowie organisatorische Effizienz in den Mittelpunkt der Reform zu stellen.

Mit freundlichem Gruß,

Andreas Grabow
Dipl.-Ing. Architekt BDA
Kreisvorsitzender